

# PRESSEINFORMATION



4. März 2016

## Landtagswahl 2016

### **Zustellung der Briefwahlunterlagen nur noch bis 9. März**

Wer seine Briefwahlunterlagen noch auf dem Postweg erhalten möchte, muss sich als letzten Zusendungstermin den 9. März im Kalender vormerken.

Anträge auf Wahlschein nebst Briefwahlunterlagen müssen noch bis Mittwoch, dem 9. März 2016, schriftlich per Telefax (0340 204-2513) oder per E-Mail ([wahlen@dessau-rosslau.de](mailto:wahlen@dessau-rosslau.de)) im Wahlamt Dessau-Roßlau eingehen. Dann werden sie rechtzeitig auf dem Postweg an den Wahlberechtigten übersandt. Telefonisch werden diese Anträge jedoch nicht entgegengenommen.

Auf der Rückseite der Wahlbenachrichtigung befindet sich hierfür ein Formular zur Wahlscheinbeantragung, das vom Antragsteller ausgefüllt und auch unterschrieben werden muss. Der Antrag kann auch formlos unter Angabe von Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum und Wohnanschrift gestellt werden (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort).

Nach dem 9. März empfiehlt es sich, Briefwahlunterlagen nur noch selbst abzuholen, da die postalische Zustellung den Empfänger möglicherweise nicht mehr rechtzeitig erreicht. Persönlich gestellte Wahlscheinanträge werden bis Freitag, den 11. März 2016, 18.00 Uhr, im Rathaus Dessau entgegengenommen (bei Versäumnis der Frist ohne eigenes Verschulden auch noch bis zum Wahltag um 15.00 Uhr).

Wahlberechtigte, die den Wahlschein und die Briefwahlunterlagen persönlich im Bürgerbüro beantragen und abholen wollen, können auch an Ort und Stelle wählen. Wer den Antrag stellvertretend für einen anderen Wahlberechtigten stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Von der bevollmächtigten Person dürfen insgesamt nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertreten werden.

Die roten Wahlbriefe müssen rechtzeitig vor der Wahl vom Wahlberechtigten mit der Post abgesandt werden. Sie können auch persönlich im Bürgerbüro abgegeben werden. Spätestens am Wahlsonntag müssen die Wahlbriefe bis 18.00 Uhr im Briefkasten der Stadtverwaltung eingeworfen sein.